

Grosser Gemeinderat Interlaken

Protokoll der 1. Sitzung

Dienstag, 28. Januar 2020, 19:30 Uhr, Aula der Schulanlage Alpenstrasse

Vorsitz: Simmler Florian, SP

Stimmzählende: Handschin Daniel, SVP
Fuchs Oliver, FDP

Weiter anwesend	FDP Betschart Christoph Boss Pia Michel Paul Chevrolet André Schmidhauser Corinne Künzli Beat Fuchs Nils	SVP Meyes Schürch Antonie Nyffeler Manuela Roth Andreas Gebbs Roger von Allmen Marcel Schneider Alexandra	SP Simmler Dorothea Rougy Dimitri Liechti Anja Eymann Claudia Holzer Jürg EDU Balmer Ueli	Grüne Hänggi Sandra von Hintzenstern Susanne Aulbach Adrian EVP Schütz Lorenz Amacher Sabrina Dummermuth Andreas	Gemeinderat Graf Urs Michel Peter Ritschard Philippe Stör Sabina Boss Kaspar Christ Franz
Abwesend		Bozic Marko	Romang Hans		Burkhard Hans-Rudolf
Protokoll					Goetschi Philipp

Traktanden

1. Protokoll
2. Erhöhung der maximalen Stellenprozente der Gemeindeverwaltung
3. Personalreglement 2011, Änderung
4. Gebührenreglement, Änderung
5. Umgestaltung und Erneuerung Lindenallee (Anteil Gemeinde) mit Neubau von vier Carparkplätzen (Gemeinde), Ausführungskredit
6. Motion Schenk, Kinderspielplätze, Beantwortung
7. Motion Nyffeler, kein Antennen-Wildwuchs in Interlaken, Beantwortung
8. Orientierungen/Verschiedenes

Ratspräsident Florian Simmler begrüsst die Anwesenden, insbesondere das neue Ratsmitglied Nils Fuchs, das Edith Rico ersetzt.

Mit der Wahl von Nils Fuchs als Mitglied des Grossen Gemeinderats sind seit Jahresbeginn beide Sitze des Jugendparlaments Berner Oberland vakant.

Antrittsrede Ratspräsidium

Ratspräsident Florian Simmler hält fest, dass er vor ungefähr neun Jahren von seinem Vater angefragt worden sei, ob er in der Baukommission mitarbeiten wolle. Er habe spontan geantwortet: 'Nein, sicher nicht.' Er sei doch viel zu jung, ohne Erfahrung und von Politik verstehe er nichts. Als der Sitz nicht besetzt werden könne, sei er noch einmal gefragt worden. Nach der nochmals gleichen Antwort habe ihm der Vater erklärt, um was es in der Kommission überhaupt gehe, und als angehender Maurer würde er gut passen. Nach einigen weiteren ermunternden Worten habe er mit gemischten Gefühlen zugesagt, mindestens für das letzte Jahr der damals laufenden Legislatur. Vor ziemlich genau

neun Jahren sei er dann vom Grossen Gemeinderat in die Baukommission gewählt worden, wie es ja bei Kommissionssitzen der Fall sei nach hartem Wahlkampf. Dann habe er nach seinem 18. Geburtstag erstmals an einer Sitzung teilnehmen können. Das eine habe dann zum anderen geführt und heute stehe er als GGR-Präsident hier und danke noch einmal für das Vertrauen. In den zehn Jahren seines Wirkens habe ihn das Engagement im Grossen Gemeinderat und in den Kommissionen beeindruckt, das immer wieder an den Tag gelegt werde. Es mache Spass, an Projekten und mit Erfolgen wachsen zu können und mitzuhelfen, die Gemeinde zu gestalten. Freiwillige brauche es auch in Zukunft und er sei sich sicher, dass nicht nur die SP und Grünen Mühe hätten, die Listen für die diesjährigen Wahlen zu füllen. Er möchte alle diejenigen ansprechen, die sich nicht dafürhalten würden, den Schritt in die Lokalpolitik zu wagen, insbesondere die Jungen. Es sei noch kein Meister vom Himmel gefallen. Erfahrung gewinne nur, wer es einfach probiere. Freiwilliges Engagement brauche es aber nicht nur in der Politik. Das sehe er zum Beispiel im HGB. Auch dort brauche es Freiwillige, sei es im Vorstand, als Trainer, als Schiedsrichter oder einfach als Hilfe bei einem Schülerturnier. Leider seien es dann aber häufig die gleichen Personen, welche die Vereinsarbeit machen würden. Für ein freiwilliges Engagement spreche, dass es schön sei, mit den Projekten zu wachsen, welche die Freiwilligenarbeit erst ermögliche, dass es sinnvoll sei, weil es lehrreich sei und eine persönliche Entwicklung erlaube, und dass es eine Genugtuung sei, weil man etwas zurückgeben könne. Ohne freiwillige Helfer würde es Anlässe wie die Harderpotschete oder den Jungfraumarathon nicht geben und Interlaken wäre nicht der Ort, den wir heute erleben könnten. Deshalb möchte er alle auf dem Bödeli ermuntern, sich zu engagieren, vor allem die Jungen, sei es in der Politik, in einem Verein oder in einer anderen Organisation. Ohne die Freiwilligen funktioniere es nicht. Nun wolle er aber das Sitzungsjahr in Angriff nehmen. Er wünsche sich, dass es viele spannende Gespräche gebe und etwas bewirkt werden könne. Er freue sich darauf.

1 B3.D Protokolle (Grosser Gemeinderat, Gemeinderat, Organe, Behörden)

Protokoll

Manuela Nyffeler bemerkt, die Aussage auf Seite 62 oben, dass eine Sanierung im Jahr 2024 für sie stimme, habe sie so nicht gemacht. Sie möchte den Satz wie folgt geändert haben: "Für eine Sanierung sei im Investitionsplan ab 2024 Geld eingestellt."

Beschluss:

Das Protokoll der 7. Sitzung 2019 vom Dienstag, 10. Dezember 2019, wird mit dieser Änderung mit 26:0 Stimmen genehmigt.

2 P21.10.3 Stellendossiers, Stellenbeschreibungen, Stellenplan (Personal allgemein)

Erhöhung der maximalen Stellenprozente der Gemeindeverwaltung

Die Geschäftsprüfungskommission verzichtet auf Bemerkungen.

Gemeindepräsident Urs Graf führt aus, im Mai 2009 habe der Grosse Gemeinderat letztmals eine Anpassung der maximalen Stellenprozente der Gemeindeverwaltung vorgenommen und diese mit den heute noch geltenden 2'450 Stellenprozenten festgelegt. Dass nun eine Erhöhung nötig würde, sei in erster Linie durch die Veränderungen im Baubereich begründet. Der Bereich Bauverwaltung arbeite an der Belastungsgrenze. Der Gemeinderat habe auf August 2019 noch innerhalb des Stellenkontingents eine zusätzliche Sachbearbeitungsstelle für den Hochbau bewilligt. Gleichzeitig habe er mit externer Begleitung die Organisationsstruktur der Bauabteilung unter die Lupe genommen. Diese Organisationsüberprüfung habe gezeigt, dass die reinen Bausekretariatsarbeiten zurückgingen und im Gegenzug die Sachbearbeitungsaufgaben zunehmen würden. Der Gemeinderat sehe deshalb vor, das Bausekretariat auf April 2020 von heute 180 auf 150 Stellenprozente zu reduzieren und eine neue Sachbearbeitungsstelle im Tiefbau zu schaffen, die jedoch innerhalb der bewilligten maximalen 2'450

Stellenprozente nicht mehr Platz habe. Mit diesen Anpassungen und 20 zusätzlichen Stellenprozenten im Bereich Soziales für die Bearbeitung der Betreuungsgutschriften lägen die Stellenprozente der Gemeindeverwaltung bei 2'510 Stellenprozenten. Um wieder einen kleinen Handlungsspielraum zu erhalten, beantrage der Gemeinderat eine Erhöhung der maximalen Stellenprozente für die Gemeindeverwaltung von heute 2'450 auf neu 2'700 Stellenprozente, womit sich wieder ein Spielraum von 190 Stellenprozenten oder 7,0 Prozent ergebe. Zurzeit liefen Verhandlungen mit der Einwohnergemeinde Wilderswil betreffend neuer Räumlichkeiten für die Zivilschutzorganisation Jungfrau im neuen Mehrzweckgebäude Wilderswil. In diesem Zusammenhang werde auch die Übernahme der Sitzgemeindefunktion für die Zivilschutzorganisation Jungfrau durch die Gemeinde Wilderswil diskutiert. Komme dieser Wechsel zustande, würden im Stellenetat der Gemeindeverwaltung Interlaken 200 Stellenprozente wegfallen. Ob und in welchem Zeitpunkt ein solcher Wechsel erfolge, sei zurzeit offen.

Das Eintreten wird nicht bestritten.

Ulrich Balmer teilt mit, der Antrag sei für die EVP/EDU nachvollziehbar. Die Frage betreffend Stellenprozente Soziales sei mit den Ausführungen des Gemeindepräsidenten geklärt.

Paul Michel bestätigt, dass die FDP sehe, was im Baubereich gehe. Ein Spielraum für den Gemeinderat sei richtig, aber kein Freipass. Eventuell wären auch 2'600 Stellenprozente genug. Der Gemeinderat habe die Stellen jedoch konstant und mit Augenmass bewirtschaftet. Er habe Vertrauen, dass dies weiterhin so sei. Die Fraktion stimme der Vorlage knapp zu.

Dororotha Simmler unterstützt für die SP/Grünen die Aufstockung. Das Anliegen, dass die Verwaltung gestärkt werde, sei auch nach den Diskussionen in der letzten Sitzung mit den zurückhaltend beschlossenen Stellenprozenten für den Gemeinderat richtig. Die Bearbeitung der Betreuungsgutscheine könnte mindestens in der Einführungsphase einen noch grösseren Aufwand geben.

Marcel von Allmen zieht die gleichen Schlussfolgerungen. Viele Jahre sei haushälterisch mit den Stellenprozenten umgegangen worden. Der kommende Mehraufwand sei absehbar und eine Anpassung vertretbar. Der Vorlage könne zugestimmt werden.

Manuela Nyffeler möchte wissen, ob allenfalls in der Bauverwaltung auch eine Fachperson wie ein Ingenieur zusätzlich angestellt werden könnte, um weniger Abklärungen teuer auslagern zu müssen.

Gemeindepräsident Urs Graf bestätigt, dass solche Überlegungen gemacht werden können. Es gehe jedoch um sehr unterschiedliche Geschäfte, in denen externe Dienstleistungen eingekauft würden. Eine Person könne nicht alle sehr unterschiedlichen ausgelagerten Aufgaben abdecken. Die Personalkosten hätten 2009 5,99 Mio. Franken betragen und 2018 6,25 Mio. Franken. Die Personalkosten würden je Jahr zwischen 13 und 17 Prozent des Aufwandes betragen. Im Werkhof seien in den letzten zwölf Jahren immer zwischen 2'000 und 2'100 Stellenprozente besetzt gewesen, bei den Hauswarteleistungen konstant 400 Stellenprozente.

Beschluss:

Die maximalen Stellenprozente für die Gemeindeverwaltung werden ab sofort mit 2'700 Stellenprozenten festgelegt. Sie werden bei einem Wechsel der Sitzgemeinde der Zivilschutzorganisation Jungfrau auf den Zeitpunkt des Wechsels auf 2'500 Stellenprozente reduziert.

(27:0 Stimmen)

3 P21.C Vorschriften, Gesetze, Verordnungen (Personal allgemein)**Personalreglement 2011, Änderung**

Die Geschäftsprüfungskommission verzichtet auf eine Stellungnahme.

Da die Änderungen von untergeordneter Bedeutung sind, verzichtet der Gemeinderat auf mündliche Ausführungen. Einzige materielle Anpassung ist der Ausschluss der Pikett-, Nacht- und Wochenendzuschläge von der Pensionskassenpflicht, die auf Kantonsebene auf den 1. Januar 2020 eingeführt worden ist.

Das Eintreten ist unbestritten. Die Diskussion wird nicht verlangt.

Beschluss:

Die Änderung der Artikel 4, 7, 16, 17, 18b und 20 des Personalreglements 2011 vom 7. Dezember 2010 wird einstimmig genehmigt. Sie tritt rückwirkend auf den 1. Januar 2020 in Kraft.

4 F3.C Vorschriften, Gesetze, Verordnungen (Finanzen)**Gebührenreglement, Änderung**

Die Geschäftsprüfungskommission verzichtet auf eine Stellungnahme.

Da die Änderungen von untergeordneter Bedeutung sind, verzichtet der Gemeinderat auf mündliche Ausführungen.

Das Eintreten ist unbestritten. Die Diskussion wird nicht verlangt.

Beschluss:

Die Änderung der Artikel 14, 16a, 24, 31, 33, 34, 36, 41 und 42 des Gebührenreglements vom 1. Juli 2008 wird einstimmig genehmigt. Sie tritt auf den 1. März 2020 in Kraft.

5 S4.4.30 Lindenallee**Umgestaltung und Erneuerung Lindenallee (Anteil Gemeinde) mit Neubau von vier Carparkplätzen (Gemeinde), Ausführungskredit**

GPK-Präsident Andreas Roth dankt für die nachgelieferten Pläne, auch wenn diese nicht von der Geschäftsprüfungskommission selber nachverlangt worden seien.

Gemeinderat Kaspar Boss teilt mit, dass der Kanton beabsichtige, das Kantonsstrassenprojekt Sanierung und Erneuerung Lindenallee voraussichtlich in den Jahren 2021 bis 2024 zu realisieren. Mit dem Sanierungsprojekt würden auch die beiden Knoten Freiestrasse und Allmendstrasse mit je zwei Gemeindestrassenanschlüssen umgestaltet. Im Rahmen dieses Projektes würden die bestehenden Parkplätze für Reisecars vor und nach dem neuen Kreisell Allmendstrasse erneuert. Die Gemeinde habe sich am Hauptprojekt mit 737'700 Franken zu beteiligen. Der Neubau der vier Carparkplätze koste 88'800 Franken. Die Gesamtkosten beliefen sich auf 826'500 Franken. Zur Vorbereitung des Geschäfts habe der Gemeinderat 20'000 Franken bewilligt, die in den Gesamtkosten enthalten seien. Damit seien noch 810'000 Franken zu bewilligen sind. Der Teil des Kantons sei nicht Bestandteil der heutigen Vorlage.

Das Eintreten wird nicht bestritten.

Andreas Dummermuth bemerkt, die EVP/EDU stehe der Vorlage grundsätzlich positiv gegenüber, habe aber noch Fragen. Seien die Carparkplätze in einem Wohngebiet wirklich nötig? Wäre es nicht besser anderswo einen Busterminal zu realisieren? Wenn die Carparkplätze dortbleiben müssten, wie könne dann besser kontrolliert werden, dass nicht der Motor laufen gelassen würde und die Plätze nicht nach 19 Uhr benützt würden? Die Buskanten scheinen am Strassenrand zu sein, nicht mehr in Buchten. Bei der Lindenallee handle es sich um eine Hauptzugangsachse. Da wären Bushaltestellen in Buchten sinnvoller, um den Verkehrsfluss weniger zu behindern.

Gemäss *Antonie Meyes Schürch* sehe die SVP schon, dass der Kanton der hauptsächliche Bauherr sei und auch die grundsätzliche Notwendigkeit für den Kredit sei erkannt. Die Gemeinde und der Grosse Gemeinderat müssten sich aber nicht hetzen lassen. Sie **beantrage die Rückweisung** des Geschäfts an den Gemeinderat, damit dieser neue Verhandlungen mit Kanton führe könne bezüglich der Buchten für den öffentlichen Verkehr. Es scheine eine Strategie oder gesetzliche Vorgabe zu sein, den öV auf der Strasse anhalten zu lassen. Es sei nicht sinnvoll, an der Lindenallee die bestehenden Buchten nicht weiter nutzen zu wollen. Die Lindenallee sei auch ein Autobahnzubringer und die Verbindung von und nach Bönigen. Bushalte auf der Strasse behinderten den Verkehr. Das bringe keine Vorteile. Velofahrende und Fussgängerinnen und Fussgänger seien mit der neuen Lösung gefährdeter als mit einem Halt in einer Bucht. Weiter seien die Carparkplätze höchstens befristet beizubehalten, aber nicht zu sanieren. Es gehe hier um 88'000 Franken, die nicht notwendigerweise ausgegeben werden müssten. Diese Carparkplätze hätten keine längerfristige Berechtigung. Die Gemeinde sollte sich anstelle von einzelnen Carparkplätzen auf einen grösseren Terminal konzentrieren. Ein untergeordneter Verhandlungspunkt sei noch der Knoten Freiestrasse. Dort sei offenbar vorgesehen, zwei Bäume zu pflanzen. Das sei wohl eher nicht zweckdienlich. Für den Fall, dass die Rückweisung abgelehnt werden sollte, stelle sie **eventualiter** den **Antrag**, den Ausführungskredit ohne den Betrag für die Sanierung der Carparkplätze zu bewilligen. Diese 88'000 Franken seien herausgeworfenes Geld.

Beat Künzli stellt fest, die FDP habe die Vorlage ohne Pläne behandelt und sei mit den Zahlen einverstanden gewesen. Nach Erhalt der Pläne sei diese Beurteilung bestätigt worden. Die Kosten seien realistisch. Er selber sehe auch nicht, dass die Bushaltestellen auf die Strasse verlegt werden müssten. Der Allmendstrassekreisel sei erst vor zehn Jahren erstellt worden. Er müsse nicht alle 10 bis 15 Jahre neu gemacht werden. Die Vorlage zwischen Klosterstrasse und Freiestrasse sei unbestritten, ab der Freiestrasse sei aber nicht alles Geplante nötig. Er unterstütze deshalb die Rückweisung, um mit dem Kanton noch einmal das Gespräch suchen zu können.

Susanne von Hintzenstern dankt für die SP/Grünen für die nachgelieferten Pläne. Die Situation mit den Bushaltestellen konnte mangels Plänen in der Fraktionssitzung nicht diskutiert werden, weshalb sie dazu nicht Stellung nehme. Das Kantonsprojekt der Strassensanierung werde grundsätzlich als gut erachtet und die Verknüpfung mit der Sanierung der Kanalisation sei richtig. Die Massnahmen würden zur Reduktion der Unfallgefahr beitragen. Die Carparkplätze würden von den Chauffeuren gut angenommen. Die Parkplätze sollten beibehalten werden, auch weil ein Wegfall der Carparkplätze beim Westbahnhof wahrscheinlich sei. Die Lindenallee sei eine Ausfallstrasse. Sie führe nicht durch eigentliches Wohngebiet. Es habe Raum für die Carparkplätze. Diese seien von der Bevölkerung akzeptiert und es gebe wenig Reklamationen. Mit verstärkten Kontrollen sei eine Verbesserung noch möglich. Begrüssst würde die Verbesserung des Fussgängerübergangs zum Zentrum Artos.

Vizegemeindepräsident Peter Michel bestätigt, dass dieser Fussgängerstreifen durch Schwellen entschärft werde. Die Schwellen seien durch die durch Wurzeln der Bäume bedingt. Zudem sei eine bessere Beleuchtung vorgesehen. Die Anlegekanten direkt an der Strasse seien gemäss Kanton möglich und würden ein behindertengerechtes Ein- und Aussteigen ermöglichen. Das Trottoir allein genüge dafür nicht. Ein Rückbau der beiden Streifen für die Carparkplätze koste rund das Dreifache der Sanierung. Der Wegfall der Carparkplätze beim Westbahnhof sei wahrscheinlich. 88'000 Franken seien nicht viel für vier Parkplätze.

Gemeinderat Kaspar Boss hält fest, dass die geführte Diskussion viele Punkte betreffen würde, die nicht Bestandteil der Kreditvorlage seien. Die Gemeinde habe durchaus mit dem Kanton verhandelt. Der Kanton sei grosszügig auf die Bedürfnisse der Gemeinde eingegangen, insbesondere was den

Langsamverkehr betreffe. Die Bushaltekanten seien nicht Bestandteil der Kreditvorlage. Der Kanton sei nicht auf die Gemeinde angewiesen, könne selber bauen und der Gemeinde dann einfach ihren gesetzlichen Anteil in Rechnung stellen.

Ratspräsident Florian Simmler macht in einem persönlichem Votum Ausführungen zu den Bushaltekanten. Bei 22 cm hohen Kanten könne niveaugleich in den Bus eingestiegen werden, bei 16 cm hohen Kanten müsse der Bus jeweils abgesenkt werden, um ein ebenerdiges Ein- und Aussteigen zu ermöglichen. Bei einer tieferen Kante brauche es eine grössere Manövrierfläche für einen Rollstuhl.

Gemeinderat Kaspar Boss wiederholt, dass die Bushaltekanten nicht Bestandteil der Vorlage seien und in der abschliessenden Zuständigkeit des Kantons liegen würden. Die Gemeinde könne dem Kanton schon sagen, dass der Gemeinde die Busanlegekanten nicht gefallen würden. Entscheiden werde der Kanton selber.

Antonie Meyes Schürch macht klar, dass die SVP keinen Rückbau der Carparkplätze verlange. Diese sollten auf Zusehen hin beibehalten, aber nicht saniert werden. Es könne keine Strategie sein, vereinzelte Carparkplätze zu haben. Sie investiere auch privat nicht in etwas, von dem sie nicht wisse, ob es in drei Jahren noch nötig sei. Es gehe ihr um eine Rückweisung, um vertiefte Abklärungen tätigen zu können. Der Kanton solle besser begründen, warum er die Bushaltestellen auf der Strasse wolle.

Lorenz Schütz anerkennt zwar die fachlichen Kenntnisse des Gemeinderats. Sei aber beim Kanton nicht nachgefragt worden, warum die Busanlegekanten genau so gebaut werden müssten?

Gemeinderat Kaspar Boss bestätigt die Ausführungen des Ratspräsidenten zu den Buchten und ergänzt, dass es grössere Radien brauche, für welche die heutigen Haltebuchten an der Lindenallee nicht genügend Platz bieten würden, da der Bus bei einer Kurvenfahrt mit der Karosserie an einer 22 cm hohen Kante anstossen würde. Mit einer geraden Haltekante und damit einem Halt auf der Strasse sei dieses Problem gelöst. Der Kanton erachte seine Lösung als die einzig sinnvolle, was von der Gemeinde durchaus hinterfragt worden sei. Diesbezüglich habe der Kanton keine Verhandlungsbereitschaft gezeigt. Die Carparkplätze seien bei der Anwohnerschaft nicht beliebt. Die Sanierung verbessere die Situation. Es gehe nicht, den Strassenverlauf anzupassen und die Parkplätze nicht anzutasten. Es gebe Gebühreneinnahmen aus den Carparkplätzen und mit der Sanierung würde der Mietzins für die Plätze an den Kanton wegfallen. Mit einer Vollkostenrechnung seien die 88'000 Franken mittelfristig günstiger als wenn nichts gemacht würde.

Lorenz Schütz zeigt sich überrascht vom Hinweis auf die Miete an den Kanton. Dann gehöre das Terrain wohl dem Kanton. Gehörte es dann nach der von der Gemeinde bezahlten Sanierung der Gemeinde?

Dies wird von *Gemeinderat Kaspar Boss* bestätigt.

Beat Künzli beantragt einen Sitzungsunterbruch.

Ratspräsident Florian Simmler unterbricht die Sitzung um 20.25 Uhr für 10 Minuten.

Beat Künzli teilt für die FDP mit, dass die Rückweisung für Neuverhandlung mit dem Kanton unterstützt werde.

Gemeinderat Kaspar Boss wiederholt, dass der Kanton Haltebuchten für den öffentlichen Verkehr nur noch dort vorsehe, wo andere Möglichkeiten ausgeschlossen seien. An der Lindenallee gebe es eine andere Möglichkeit. Ein behindertengerechtes Ein- und Aussteigen sei an der Lindenallee nur mit einer Haltestelle auf der Strasse möglich, nicht aber in Buchten.

Lorenz Schütz bemerkt, vor dem Sitzungsunterbruch hätte er noch Verständnis für den Rückweisungsantrag gehabt, jetzt aber nicht mehr. Es sehe kaum realistische Chancen für positive Verhandlungsergebnisse mit dem Kanton. Er sei gegen die Rückweisung und für den Kreditantrag des Ge-

meinderats, nicht, weil dieser das Gelbe vom Ei sei, aber weil er vernünftig sei.

Dorothea Simmler bestätigt, dass die zusätzlichen Ausführungen für die SP/Grünen nicht an der Ausgangslage ändern würden. Die Carparkplätze seien sinnvoll. Es sei nur wenig Geld dafür vorgesehen und der Zeitpunkt zusammen mit der Strassensanierung sei ideal.

Manuela Nyffeler erkundigt sich noch einmal nach den Besitzverhältnissen bei den Carparkplätzen. Komme es zu einem Abtausch von Terrain? Sie vermisse in den Unterlagen und den bisherigen Ausführungen Angaben zum Terrainabtausch.

Vizegemeindepräsident Peter Michel hält fest, dass die Carparkplätze an der Lindenallee gut belegt und die Gebühreneinnahmen kostendeckend seien.

Gemeinderat Kaspar Boss bestätigt den vorgesehenen Terrainabtausch mit dem Kanton und unterstreicht noch einmal, dass viele Anliegen des Grossen Gemeinderats nicht Bestandteile der heutigen Kreditvorlage seien. Es gebe kein Wunschkonzert gegenüber dem Kanton. Der Kanton sei am längeren Hebel und könne ohne die Gemeinde bauen.

Fuchs Oliver möchte noch einmal bestätigt haben, dass es zu einem Besitzwechsel bei den Carparkplätzen mit Eintrag im Grundbuch komme.

Gemeinderat Kaspar Boss bestätigt, dass das Terrain der Carparkplätze nach der Sanierung der Gemeinde gehöre.

Ratspräsident Florian Simmler legt fest, dass zuerst über den Rückweisungsantrag abgestimmt werde. Werde dieser abgelehnt, folge die Beschlussfassung über den Eventualantrag Meyes Schürch und anschliessend die Schlussabstimmung.

Beschluss:

Der Rückweisungsantrag Meyes Schürch wird mit 14:12 Stimmen angenommen.

Gemeinderat Kaspar Boss fragt in die Runde, wer ihn zu den Verhandlungen mit dem Kanton begleite.

6 L3.04.2 Spielplätze (öffentliche Anlagen)

Motion Schenk, Kinderspielplätze, Beantwortung

Die Geschäftsprüfungskommission macht keine Bemerkungen.

Gemeinderat Kaspar Boss erinnert daran, dass der Kinderspielplatz Mittengraben bereits bei der Erheblicherklärung der Motion erneuert gewesen sei. Im Dezember 2019 habe der erneuerte und vergrösserte Spielplatz Höhematte eingeweiht werden können. Im Westquartier sei auf dem Areal der ehemaligen Reithalle und Gärtnerei ein Spielplatz vorgesehen. Das Areal müsse noch umgezont werden. Im Jahr 2020 werde während drei Monaten ein von der Jugendarbeit Bödéli betreuter Mitmachspielplatz betrieben werden. In dieser Zeit würde die Planung für den öffentlichen Spielplatz weitergeführt. In der Investitionsplanung seien 225'000 Franken für den Spielplatz Westquartier vorgesehen. Die Motion könne abgeschrieben werden.

Anja Liechti als erste noch im Rat vertretene Mitunterzeichnerin stimmt nach Rücksprache mit der Motionärin der Abschreibung zu. Sie werde im Auge behalten, was im Westquartier geschehe. Die Übergangslösung mit der Jugendarbeit sei erfreulich.

Marcel von Allmen betrachtet die Motion ebenfalls als erfüllt. Er bemerkt jedoch, dass es zu viel Kies

und Abfälle auf den Spielplätzen habe. Der Spielplatz Westquartier sei eine Möglichkeit, es besser zu machen.

Gemeinderat Kaspar Boss ist überzeugt, dass die Lösung mit dem Kies nicht so schlecht sei. Der Kies sei Absicht. Die Gemeinde wolle auch aus ökologischen Gründen kein Plastik und kein Gummi mit Abrieb. Fallschutzmatten seien sehr unterhaltsanfällig. Die Kieslösung sei umweltverträglich. Der Unterhalt sei durch den Werkhof möglich und billiger als alle paar Jahre ein Ersatz der teuren Fallschuttmatten.

Beschluss:

Die Motion Schenk, Kinderspielplätze, wird einstimmig abgeschrieben.

7 V2.05.1 Allgemeine Akten (Kabelfernsehen, Antennen, Umsetzer, Programme)

Motion Nyffeler, kein Antennen-Wildwuchs in Interlaken, Beantwortung

Die Geschäftsprüfungskommission verzichtet auf Bemerkungen.

Der Gemeinderat hat ausführlich zur Motion Stellung genommen und empfiehlt, diese nicht erheblich zu erklären. Er verzichtet auf weitere mündliche Ausführungen.

Für *Manuela Nyffeler* gehe aus der Stellungnahme des Gemeinderats nicht hervor, ob der Gemeinderat Handlungsbedarf bei der Thematik der Antennen und der 5G-Technologie sehe. Klar komme jedoch heraus, dass er eine gemeindeübergreifende Koordination und Standortplanung nicht angehen wolle. Die Gemeinde Unterseen habe im Rahmen der laufenden Ortsplanungsrevision einen Antennenartikel mit dem sogenannten Kaskadenmodell analog Urtenen-Schönbühl in den Baureglementsentswurf aufgenommen. Dieses Vorgehen schein auch für Interlaken zielführend zu sein. Mit einer Konkretisierung der baupolizeilichen Bestimmungen und dem Wechsel zum Kaskadenmodell bei der Antennenplanung erhalte die Baubewilligungsbehörde mehr Entscheidkompetenz. Die Grosskonzerne müssten die neuen Standorte begründen, deren Bedarf aufzeigen und Standorte gemeinsam nutzen. Interlaken sei der Vereinbarung über die Standortevaluation und -koordination zwischen dem AGR und den Mobilfunkbetreibenden beigetreten und habe sich somit für das Dialogmodell entschieden. Die Mobilfunkbetreibenden seien verpflichtet die Gemeinde regelmässig über den aktuellen Stand ihrer Netzplanung zu informieren. Im Gegenzug könne die Gemeinde im direkten Dialog mit den Mobilfunkbetreibenden den besten Standort für die geplanten Antennen erarbeiten. Aufgrund der Grösse unserer Gemeinde und der personellen Ressourcen der Verwaltung schein es eher unrealistisch, dass ein wirklicher Dialog und eine Planung stattfinden könnten. Der Ausbau der Antennen schreite rasant voran. In Interlaken solle zum Beispiel ein neuer Antennenstandort inmitten eines Wohn- und Schulgebiets an der Alpenstrasse entstehen. Baubewilligungsverfahren für die Änderung von bereits bestehenden Anlagen wären durch die Motion nicht betroffen. Wegen der Unsicherheiten auf nationaler Ebene und des grossen Widerstands aus der Bevölkerung werde der Gemeinderat eingeladen zu prüfen, bis zum Inkrafttreten einer Baureglementsänderung eine Planungszone zu erlassen, wie sie aktuell für die Zweitwohnungen bestehe. Sie halte an der Motion fest, **ändere** jedoch den **Text**, so dass die Motion neu wie folgt laute: "Der Gemeinderat wird beauftragt auf den nächstmöglichen Zeitpunkt, aber spätestens im Rahmen der Ortsplanungsrevision, den Artikel 417 Antennen des Baureglements (S. 24) im Sinne des Kaskadenmodells der Gemeinde Urtenen-Schönbühl zu konkretisieren und eine Standortplanung zum Bau von Mobilfunkantennen zu erarbeiten. Der Bau von Mobilfunkantennen soll unter dem Motto 'So wenig wie möglich, so viel wie nötig' erfolgen. Laufende Baubewilligungsverfahren für neue Antennenstandorte sind solange zu sistieren und auf neue Gesuche ist nicht einzutreten."

Gemeinderätin Sabina Stör gibt bekannt, dass der Gemeinderat auch mit dem geänderten Text, den er rechtzeitig zur Beurteilung erhalten habe, die Nichterheblicherklärung beantrage. Es gebe keinen Grund für eine neue Planungszone, aber genügend übergeordnete Vorgaben. Es bestehe kein Platz

für Gemeinderecht. Der Handlungsspielraum der Gemeinden sei klein. Der Expertenbericht von Ende Jahr auf Bundesebene biete eine gute Grundlage für die Prüfung von Gesuchen auf Basis der bestehenden Vorschriften. Die Ortsplanungsrevision komme, brauche aber ihre Zeit. Die Motion erfordere eine Teilrevision des Baureglements mit den entsprechenden Abläufen. Zudem wäre nur ein Schutz vor sichtbaren Antennen möglich, nicht aber vor nichteinsehbaren. Der Gemeinderat habe keinen Änderungsbedarf auf Gemeindeebene ausgemacht.

Manuela Nyffeler sieht viele Gründe für oder gegen Antennenanlagen. Ihr gehe es darum, einen Antennenwildwuchs zu verhindern. Den Vorschriften entsprechende Gesuche müssten bewilligt werden. Heute müssten Konzerne ihre Antennenstandorte nicht begründen. Ziel der Motion sei es, dass die Grosskonzerne gezwungen würden, gemeinsame Standorte zu nutzen. Für Zweitwohnung sei eine Baureglementsänderung nötig. Könnten die Antennenstandorte nicht in diese Revision aufgenommen werden?

Gemeinderätin Sabina Stör antwortet, bei der Baureglementsänderung betreffend Zweitwohnungen sei die Mitwirkung abgeschlossen. Eine Ergänzung mit den Antennenstandorten sei nicht mehr möglich.

Adrian Aulbach hält fest, weniger sei oft mehr, nicht aber bei den Antennen. Es sei wie bei der Sprache. Man könne laut sprechen, um in einem grösseren Umkreis gehört zu werden, oder leiser für die nähere Umgebung. Bei den Antennen sei es dasselbe. Diese könnten stark oder schwach senden. Schwach senden brauche mehr Antennen, bringt aber weniger Strahlung. Heute seien in ländlichen Gebieten wenige starke Antennen im Einsatz, in städtischen Gebieten viele schwache, die häufig gar nicht sichtbar seien. Im Vergleich mit mehreren schwachen Antennen sei eine starke Antenne teuer. Auch aus finanziellen Gründen würden die Anbieter eher mehr schwache als wenige starke Antennen bauen. Es spreche nichts für eine Begrenzung der Zahl der Antennen. Bei den Grenzwerten hätten die Provider schlechte Kommunikation betrieben. Wenn genügend Antennen mit den heutigen Grenzwerten gebaut werden könnten, gebe es später keinen Grund, die Grenzwerte zu erhöhen.

Nils Fuchs teilt mit, die FDP schliesse sich der Begründung des Gemeinderats an. Das Kaskadenmodell gehe in die falsche Richtung.

Beschluss:

Die Motion Nyffeler, kein Antennen-Wildwuchs in Interlaken, wird mit 20:2 Stimmen nicht erheblich erklärt.

8 B3.E Orientierungen, Verschiedenes (Behörden und Organe, politische Aktivitäten)

Orientierungen/Verschiedenes

Wortmeldungen aus dem Gemeinderat

Gemeindepräsident Urs Graf teilt mit, dass nun beim Des Alpes-Areal Vertragsverhandlungen mit Marazzi Losinger / Boissée Finances geführt würden. Die Behandlung des Geschäfts sei für die GGR-Sitzung vom August 2020 vorgesehen. Das Parlament könne dann auch über eine allfällige Konsultativabstimmung beschliessen, die im November stattfinden könnte. Grundsätzlich wäre der Grosse Gemeinderat für den Terrainverkauf abschliessend zuständig.

Neue parlamentarische Vorstösse

Anfrage Balmer, Randständige

Ueli Balmer wünscht ein Update in Sachen Randständige.

Gemeinderätin Sabina Stör teilt mit, die planungsrechtliche Mitwirkung zu einem Standort unter dem Viadukt sei durchgeführt. Das weitere baurechtliche Vorgehen werde nächstens entschieden.

Vizegemeindepräsident Peter Michel ergänzt, der Standort an der Kanalpromenade bestehe nach wie vor. 2019 sei ein sehr ruhiges Jahr gewesen. Die Stiftung Contact sei einbezogen. Es habe nur wenige Polizeieinsätze und kaum Reklamationen gegeben.

Anfrage Boss, Zweitwohnungen

Pia Boss fragt nach dem Stand bei den Erst- und Zweitwohnungen, nach der Anschreibepflicht für die Liegenschaften mit Übernachtungsmöglichkeiten und zum Rundschaubeitrag zur AirBnB-Situation in Interlaken. Habe die Gemeinde Möglichkeiten, auf die Qualität der Ferienwohnungen einzuwirken?

Gemeinderätin Sabina Stör antwortet, die Registerüberprüfung sei kurz vor Abschluss und die Ergebnisse könnten nächstens kommuniziert werden. Eine Korrektur des Prozentsatzes Zweitwohnungen gegen unten sei vorhersehbar. Auf die Qualität der Angebote habe die Gemeinde keinen Einfluss und keine Möglichkeiten einzugreifen oder Vorschriften zu erlassen. Das Feedback erfolge in diesem Übernachtungssegment über Gästebewertungen im Internet. Wie weit aus Tourismuskreisen Einfluss genommen werden könnte, habe die Gemeinde noch nicht abgeklärt.

Gemeinderat Philippe Ritschard ergänzt, die Kurtaxenverordnung sei beschlossen. Es gebe noch letzte Bereinigungen zur Gestaltung der Schilder und dann die Aufnahme der Beherbergenden. Die Umsetzung erfolgt im Verlaufe des Jahres 2020. Eine Qualitätskontrolle könnte allenfalls durch den neuen Verein erfolgen, der sich aus Beherbergenden gebildet habe.

Gemeindepräsident Urs Graf hält weiter fest, das Bild von Interlaken durch die in der Rundschau gezeigten Anbieter sei überspitzt dargestellt. Es gebe auch andere Beherbergende mit Herzblut, die Gastgeber sein möchten. Der Bericht sei zwar zugespitzt, aber grundsätzlich nicht falsch gewesen, weshalb kein Platz für eine Berichtigung oder Gegendarstellung bestanden habe.

Anfrage Nyffeler, Corona-Virus

Manuela Nyffeler möchte wissen, welche Massnahmen die einzelnen Geschäfte in Interlaken bezüglich des Corona-Virus für ihre Mitarbeitenden vorsehen würden. Sollte die Gemeinde eine Information auf die Homepage stellen, wie sich die Bevölkerung generell bei Pandemien verhalten sollte?

Gemeindepräsident Urs Graf antwortet, er habe Kontakt mit dem Bundesamt für Gesundheit gehabt. Dieses sehe aktuell keinen Handlungsbedarf. Es sei ein Merkblatt des Bundesamts in Vorbereitung und die Pandemie-Hotline solle reaktiviert werden.

Schluss der Sitzung: 21:25 Uhr

Der Präsident

Der Protokollführer

Die Stimmzählenden